

Redaktion, Administration, Druckerei:  
 1., Kolowratring, Pichlgasse Nr. 11.  
 Telefon-Nummern: Redaktion 379, 665, 1006.  
 Administration 2489, Inseratenabteilung 1088.  
 Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen und  
 Manuskripte in keinem Falle zurückgesendet.  
**Ankündigungs-Bureau:**  
 D., Wollzeile 20, Tel. Nr. 9789; Inserationspreise  
 nach Tarif. Ausserdem übernehmen Inserate alle  
 Inseraten-Bureau's des In- und Auslandes.

**Abonnement für Wien und das Inland:**  
 Zum Abholen im Hauptort: 1., Wollzeile Nr. 20, Tel. 9789, oder von der  
 Administration: 1., Pichlgasse 11. K 32.000.—  
 Zum Abholen in den Provinzen und anderen  
 Wiener Verschleißstellen ..... K 32.000.—  
 Bei täglicher Postverendung für Wien K 32.000.—  
 Bei täglich einmaliger Verendung in die  
 Provinz (Nr. 334 der österr. Zeitungsliste) K 32.000.—  
 Bei täglich zweimaliger Verendung in die  
 Provinz (Nr. 336 der österr. Zeitungsliste) K 32.500.—  
 Abonnements können nur vorbehaltlich einer ent-  
 sprechenden Nachzahlung bei eventuellen Preis-  
 erhöhungen entgegengenommen werden.

**Einzelverkaufspreise:**  
 Morgenblatt an Wochentagen oder  
 Nachmittagsblatt am Montag  
 oder nach zwei Folietagen ..... K 1200.—  
 Sonn- oder Feiertagsblatt ..... K 1400.—  
 Abendblatt ..... K 200.—  
 Für die an Agenten, Ansträger oder Verschleiß-  
 stellen bezahlten Beiträge leisten wir keine Garantie.

# Neue Freie Presse.

Morgenblatt.

**Postsparkassenkonti:**

Wien.....Nr. 26.730	Agram.....Nr. 40.070
Prag.....Nr. 26.023	Ljubljana.....Nr. 30.303
Budapest.....Nr. 29.356	Sarajewo.....Nr. 7.042
Warschau.....Nr. 190.175	

Konto bei der Deutschen Bank, Abt. Ausland 1 b,  
 Berlin W 3, der Schweizerischen Kreditanstalt,  
 Zürich, der Banca Commerciale Triestina, Triest, und  
 der Banca Marzarosch, Blank & Co., Bukarest.

**Abonnement für das Ausland:**

Monatlich:		tri- mal	
Mit Postverendung täglich	ein- mal	mal	mal
Czecho-Slowakei, O. K.	80,—	32,—	—
Ungarn.....Ung. K.	800,—	320,—	—
Jugoslawien.....Dinar	40,—	42,—	—
Deutschland.....Mark	400,—	—	—
Polen.....Poln. Mark	300,—	—	—
Frankreich.....Fran.	4,—	—	—
Italien.....Lire	15,—	—	—
Rumänien.....Leva	75,—	—	—
Spanien.....Pes.	75,—	—	—
Schweden und alle übrigen Staaten des Weltpost- vereines ..Schweiz. Francs	5,—	—	—

Bei den Postämtern (vierteljährlich):  
 Deutschland 322 Mk. 65 Pf., Schweiz 16 Fr.  
 55 ct., Holland 53 Gld., Schweden 39 Kr.  
 30 Öre, Norwegen 16 Kr. 46 Öre, Dänemark  
 43 Kr. 05 Öre, Finnland 106 Finn. M. 27 Pk.,  
 Belgien Fr. 15.98, Italien L. 14.47, Rumä-  
 nien Fr. 16.30, Bulgarien Fr. 15.65.

Nr. 20848

Wien, Samstag, den 23. September

1922.

## Botschaft der Alliierten an die Angoraregierung.

Vereinbarung in der heutigen Beratung Curzons  
 mit Poincaré und Sforza.  
 Telegramm unseres Korrespondenten.

Paris, 22. September.  
 Poincaré, Lord Curzon und Graf Sforza  
 sind heute, nachmittags 2 Uhr, zu neuen Beratungen zu-  
 sammengetreten. Die Sitzung dauerte bis 6 Uhr. Das amt-  
 liche Communiqué, das dann ausgegeben wurde, befragt die  
 drei Minister hätten die Zusammenkunft dazu benützt, die  
 Bedingungen zu erörtern, unter denen die Re-  
 gierung von Angora eingeladen werden  
 soll, an der Friedenskonferenz teilzu-  
 nehmen. Die Prüfung dieser Frage werde morgen nach-  
 mittag fortgesetzt werden.

Lord Curzon teilte den Pressevertretern beim Ver-  
 lassen des Quai d'Orsay mit, die Konferenz habe den Wort-  
 laut einer Botschaft aufgesetzt, die an die Angora-  
 Regierung gerichtet werden soll. Er werde den in Aussicht  
 genommenen Text nach London übermitteln und anfragen,  
 ob das englische Kabinett damit einverstanden sei. In diesem  
 Falle dürfe man hoffen, daß die Pariser Besprechungen  
 morgen nachmittag zum Abschlusse kommen  
 werden. Curzon hofft, am Sonntag vormittag nach  
 London zurückkehren zu können.

Ueber den Inhalt der Botschaft an die Angoraregierung  
 ist bis jetzt nichts bekannt geworden. Am Quai d'Orsay  
 äußerte man sich heute abend optimistisch, das heißt,  
 man hat die Hoffnung, daß in der morgigen Sitzung die  
 Einigung der drei verbündeten Großmächte über den Wortlaut  
 der Botschaft besiegelt werden kann.

Der französische Ministerrat wird morgen vormittag  
 im Elysee unter Vorsitz Millerands zusammentreten, um  
 den heute aufgesetzten Text für die Botschaft zu prüfen. Der  
 Ministerrat, der heute vormittag im Elysee stattfand,  
 war auffallend früh zu Ende. Ueber seinen Verlauf ist  
 strenges Stillschweigen bewahrt worden. Das amtliche  
 Communiqué befragt nur, Poincaré habe den Ministerrat  
 über die äußere Lage, wie sie sich nach den Verhandlungen  
 mit den Vertretern Englands und Italiens darstellt,  
 informiert.

## Ankunft des Bundeskanzlers in Genf.

Genf, 22. September.  
 Bundeskanzler Dr. Seipel ist heute mittag in  
 Genf eingetroffen und im Bahnhof vom Bundesminister  
 für Aeußeres Dr. Grünberger und den Herren der  
 österreichischen Delegation empfangen worden.

## Vervierfachung der Telephongebühren.

Vom 1. Oktober angefangen werden die Telephon-  
 gebühren auf das Vierfache erhöht, nachdem erst am  
 1. d. eine Verdreifachung eingetreten war. Eine Telephon-  
 station bis zu zwölf Rufsen täglich kostet dann in Wien  
 960.000 Kronen.

## Die Devisenpreise.

In Wien war heute die Bewegung der Kurse der  
 fremden Zahlungsmittel eine ziemlich ruhige und die Preis-  
 veränderungen nicht wesentlich. Es notierten: Pfund 329.700  
 (gegen 329.800 am 20. d.), Dollars 74.250 (74.325),  
 Schweizer Francs 13.850 (13.850), holländische Gulden  
 28.750 (28.750), französische Francs 5615 (5620), Lire  
 3097.50 (3092.50), deutsche Mark 53 (52), czechische  
 Kronen 2335 (2295), ungarische Kronen 29.20 (29.20),  
 polnische Mark 9.95 (9.95).

## Veröffentlichung der Er- innerungen Wilhelms II.

In der „Neuen Freien Presse“.  
 Sonntag den 24. d. beginnt in der „Neuen  
 Freien Presse“ der Abdruck der  
 „Lebenserinnerungen des ehe-  
 maligen Kaisers Wilhelm II.“  
 in ihrem vollen Wortlaute.

Wir behalten uns selbstverständlich die  
 sachliche und kritische Stellungnahme zu diesem  
 sensationellen politischen und historischen Docu-  
 ment vor.

## Abschied vom Telephon.

Preis der billigsten Klasse beinahe eine Million.  
 Wien, 22. September.

Ein mächtiger Dieb gegen die erwerbenden Schichten  
 ist von der Telephonverwaltung geführt worden. Wir haben  
 es verlernt, empfindlich zu sein und der veralteten Schüchtern-  
 heit zu folgen. Niemand wird verkennen, daß Erhöhungen  
 nötig sind, wenn der Geldwert sich radikal vermindert, das  
 Erträgnis unter die Selbstkosten zurückfällt und der  
 Ausfall der Bilanz der Unternehmung nur durch  
 Zetteldruck zu decken ist. Aber es ist ein Unter-  
 schied zwischen vernünftiger Steigerung der Ein-  
 nahmen, mag sie auch zu hohen Ziffern führen, und dem,  
 was den Kaufleuten und Industriellen sowie den Wiener  
 Bürgern durch die jetzige Maßregel zugemutet wird. Da hört  
 sich doch wohl die Geduld auf und es beginnt der Glaube,  
 daß das alte Wort recht hatte, als es den Titel Direktion  
 für Verkehrsanstalten in DIRECTION für verkehrte Anstalten  
 parodierte. Für die schlechteste Telephonklasse, das ist, wenn  
 jemand nur höchstens zwölftmal sich an den Apparat heran-  
 wagt, soll die unerschwingliche und daher unsinnige Summe  
 von neunhundertsechzigtausend Kronen bezahlt werden. Wer  
 zwölf- bis vierundzwanzigmal den Fernsprecher benützt,  
 wobei mindestens ein Viertel der Rupe durch die Mängel  
 der Manipulation veranlaßt wird, für eine Klasse somit, die  
 wirtschaftlich keineswegs mit gewaltigen Mitteln arbeitet,  
 sollen zwei Millionen und für die oberste Klasse 3-8 Millionen  
 gefordert werden; gefordert werden für einen Markterkauf,  
 dessen Bedienung vielfach Qualen bereitet und dessen Funk-  
 tionieren oft nur ein glücklicher Zufall zu nennen ist. In  
 Amerika bekommt man für fünfzig Dollar ein drahtloses  
 Telephon. Man ist dadurch imstande, auf fünfzig oder  
 sechzig Kilometer Entfernung Konzerte zu hören, Neuig-  
 keiten zu vernehmen und sich mühelos zu verständigen.  
 Fünfzig Dollar sind 3-7 Millionen Kronen. Ein Apparat,  
 dessen Kraft ans Wunderbare grenzt, ein Erzeugnis tech-  
 nischer Vollendung, eine Vereinfachung des Verkehrs, wie  
 sie vor wenigen Jahrzehnten nicht einmal geträumt wurde,  
 kostet weniger als unsere zurückgebliebenen Apparate.  
 Wahrlich, ein greller Kontrast, der so recht beweist, wie sehr  
 die Miswirtschaft des Staates nicht nur zur relativen,  
 sondern zur absoluten Teuerung führt, zu einer Teuerung,  
 die bisher nur ertragen wurde, weil sie mit Valuten-  
 katastrophen verbunden war, die den wirklichen Wert der  
 Preise verminderten, wobei jedoch die Absicht des Staates,  
 zur Stabilität und Aktivität zu kommen, vereitelt wurde.

Welche Folgen wird die Telephonverordnung zeitigen?  
 Wer immer nur imstande sein wird, den Fernsprecher zu  
 entbehren, wird ihn abschalten. Vollkommen sinnlos wäre  
 es, zu glauben, daß etwa die billigeren Gesellschaftstelephone  
 mehr Abnehmer finden könnten. Mit einem ganzen Telephon  
 kann man trotz exorbitanter Kosten schließlich doch  
 sprechen. Hunderttausende auszugeben, um nicht einmal  
 zu Worte zu gelangen, diesen zweifelhaften Spaß dürften  
 sich nur wenige gestatten. Es wird daher bestimmt ein  
 Rückgang der Abonnenten in empfindlichem Maße erfolgen,  
 der die Einnahmen verringert und die Voranschläge Lügen  
 straft; es sei denn, daß die Krone wiederum in den  
 Abgrund stürzt und alle Bewertungen sich verändern.  
 Diejenigen aber, denen es unmöglich ist, ohne  
 Telephon zu leben und deren ganzer Geschäftsbetrieb an

die telephonische Verbindung gefesselt ist, deren materielle  
 Existenz ohne dieses Verkehrsmittel vernichtet wäre, diese  
 werden selbstverständlich die Kosten überwälzen, die Preise  
 erhöhen, und diese Erhöhung wird sich wiederum in  
 den Lebenskosten spiegeln, im Index, und damit auch in  
 den Forderungen der Angestellten, und so sind wir wieder  
 bei dem berühmten Ringelspiel, bei dem fehlerhaften  
 Zirkel, der von Erhöhung zu Erhöhung führt und in immer  
 rascherem Laufe zur Entwertung.

Denn die Telephonverordnung hat den inneren  
 Sinn, daß nun auch die Million nichts mehr be-  
 deutet! Es ist der Fehler dieser rücksichtslosen Maß-  
 regel, daß sie die psychologischen Faktoren vernachlässigt.  
 Wer soll künftig in der Ausgabe einer Million ein Er-  
 eignis finden, wenn der simpelste Akt moderner Ver-  
 ständigung schon ein Mehrfaches dieses Betrages in  
 sich schließt und wenn jeder Geschäftsmann, der  
 nicht zu den Veralteten zählt, jeder Arzt, der  
 ausgebreitete Beschäftigung besitzt, jeder Advokat,  
 dessen Praxis Telephongespräche fordert, wenn all diese damit  
 rechnen müssen, daß allein vier Millionen für Spejen auf-  
 gehen, vier Millionen, das ist heute doch noch immer der Ge-  
 halt eines Arbeiters in vier oder fünf Monaten. Aus dieser  
 Deteriorierung und Proletarisierung der Million muß natur-  
 gemäß der innere Wert der Krone Schaden nehmen,  
 das Anwachsen der Selbstkosten sich noch be-  
 schleunigen und der Wunsch nach Erparnis, nach ver-  
 münftiger und gemäßigter Lebensführung schwächer werden.

Was veranlaßt die Männer, die an der Spitze der  
 Telephonverwaltung stehen, zu solchen Gewaltstreichen?  
 Warum geschieht es, daß seit Monatsfrist dieser Tarif ver-  
 zwölfacht worden ist, genau so wie die Personentaxi, die  
 bis auf das Achtehnfache sich steigern sollen? Die  
 Antwort ist sehr einfach. Es ist neben der allgemeinen  
 Teuerung doch wieder nichts anderes als die Scheu vor  
 energischsten Maßnahmen der Dienstverbesserung, der  
 Erparnis und des Abbaues. Wir haben aus dem  
 Verichte des Obersten Rechnungshofes gehört, welcher  
 enorme Schaden aus der Trennung von Post und  
 Telegraph entstanden ist. Der Finanzminister hat  
 die Wiedervereinigung angekündigt, aber wir haben nicht  
 erfahren, ob tatsächlich dieser Weg betreten wurde. Der  
 Oberste Rechnungshof hat davon gesprochen, daß wir uns  
 nicht länger den Luxus dieser Doppelverwaltung gestatten  
 können, und er erzählt, daß die Absicht der Vereinigung an  
 dem Widerstande einzelner Personalorganisations geshertert  
 sei. Man wollte wenigstens den Rechnungsdienst mit jenem  
 der Eisenbahnverwaltung zusammenlegen. Aber auch diese so  
 natürliche Reform ist nicht erfolgt und so muß schließlich das  
 Publikum und die ganze Deffentlichkeit, insbesondere aber  
 das erwerbende Bürgertum die Zechen zahlen, weil der Staat  
 unfähig ist, zu wirtschaften, und nicht einmal das verfehlt,  
 was jeder Private zusammenbringt, eine eheliche Krüde zu  
 machen und die Unternehmung, die er selbst nicht zu be-  
 treiben weiß, denjenigen zu überlassen, die diese Fähigkeit  
 besitzen. Es sind Gerichte zu hören gewesen, daß Amerikaner  
 den Wunsch gehabt hätten, unser Telephon zu kaufen. Es  
 wurde jedoch behauptet und von sehr Wissenden behauptet,  
 daß sie bis vor ganz kurzer Zeit noch keiner Antwort ge-  
 würdigt wurden und die notwendigen Daten nicht erhalten  
 haben.

Wenn der Staat einen Funken von Vernunft besäße,  
 dann müßte er sofort und ohne Rücksicht auf parteipolitisches

Die 24. Fortsetzung des Romans „Bamb.“ (eine  
 Lebensgeschichte aus dem Walde) von Feig Salten  
 befindet sich auf Seite 12.

## Feuilleton.

Santayana.  
 Von Hermann Vahr.

Ein junger Amerikaner zitierte mir neulich Santayana  
 und eben, als ich fragen wollte, wer denn das sei, fuhr er,  
 stolz, seine Meinung unter den Schutz einer so gewaltigen  
 Autorität gebracht zu haben, siegesgewiß fort: Santayana,  
 der doch zweifellos der größte von allen heute lebenden  
 Philosophen ist! Nun war ich aufs neue beschämt: Denn  
 daß heute Philosophen leben, war mir bisher ebenso wenig  
 bekannt, als der rauschende Name, der nach einem Hidalgo-  
 klang. Ich war feig genug, mir von meiner Unwissenheit  
 nichts merken zu lassen, und eilte, so bald mich der helläugige  
 Jüngling verlassen hatte, Erhuldigungen nach diesem wohl-  
 klingenden spanischen Egon Friedell einzuholen. Ein Eng-  
 länder, mir seit Jahren so befreundet, daß ich ihm meine  
 Schande gestehen konnte, zufällig eben jetzt hier (man hat  
 ja zur Zeit den Eindruck, als wäre ganz England in  
 München), wies mich freundlich zurecht: George San-

tayana, wirklich Spanier von Geburt, 1863 in Madrid ge-  
 boren, aber seit seinem zehnten Jahr in Amerika lebend,  
 dann Student an der Harvard-Universität, seit 1898 dort  
 Professor, seit 1910 aber wieder in Europa, sich fortan  
 nur seinen Werken widmend, zu London sesshaft. Er schrieb  
 „The life of Reason or the phases of human progress“  
 in fünf Bänden, „Interpretations of poetry and religion“  
 und „The sense of beauty“ und „Character and Opinion  
 in the United States“ (alle bei Constable in London er-  
 schienen). Dieses Buch über Amerika las ich zunächst, vor allem  
 durch einen Aufsatz mit Erinnerungen an William James  
 angelockt, dessen „Pragmatismus“, in einer von Bergson  
 eingeleiteten französischen Uebersetzung von Le Brun, dann  
 auch in der dankenswerten Verdeutschung Wilhelm Jerusa-  
 lems, ja vor Jahren entscheidend auf mich eingewirkt hat,  
 zum Dogma hin. Und es traf sich, daß ich dann auch noch in  
 der amerikanischen Zeitschrift „The Dial“, die versucht, die  
 Weltliteratur unserer Zeit zu spiegeln, und Hermann Gesse,  
 Schnitzler und Hofmannsthal Arm in Arm mit Engländern,  
 Franzosen und Japanern aufmarschieren läßt, Beiträge  
 Santayanans fand. Sie beruhigten mich bald: es war ein  
 Mißverständnis, ein Namensmißverständnis. Ich, in einer  
 verschollenen Zeit aufgewachsen, verstehe, wenn ich von  
 Philosophen reden höre, noch immer immer Sucher der  
 Wahrheit darunter. Amerika hat darauf längt  
 verzichtet und wendet den alten, in seinem echten Sinn, seit  
 für festgestellt gilt und zum Dogma geworden ist, daß wir

Querulantentum die Entstaatlichung in die Wege leiten und sich selber ausschalten, um dadurch erst wieder die Kraft zu finden zur inneren Gesundung. Er müßte sofort die Erhöhungen zurücknehmen, die das Brutalste sind, was in dieser Art bisher geleistet wurde. Er müßte zur Einsicht kommen, daß auf diese Weise die Bevölkerung demoralisiert werden und jeden Begriff von ökonomischer Gebarung verlieren muß. Aber offenbar ist der Uhas aus Genf gekommen, und während über die Kredite noch immer Schweigen gebreitet ist und völlige Ungewißheit herrscht, wird unsere Einnahmepolitik zur Kaserei gepeitscht. Wir fürchten, daß diesmal der Mißgriff zu weit getrieben wurde und daß der Bogen reißen wird. Ein Telephon um neunhundertsechzigtausend Kronen ist Unsinn.

Das Verhältnis zwischen Polen und Oesterreich.

Außerungen des polnischen Ministerpräsidenten.

Von unserem Korrespondenten.

Warschau, Mitte September.

Es sind eigenartige Empfindungen, womit man das sogenannte Statthalterpalais auf dem Krakowskie Przemiescie betritt, darin seit der Wiederherstellung Polens das Ministerratspräsidium untergebracht ist. War doch dieses Prachtgebäude im Renaissancestil mit großartigem Vorgarten der langjährige Amtssitz der berühmten russischen Gouverneure vom Schläge eines Hurja oder Skallon und hat ja hier während des Weltkrieges General Beseler amtiert. Wenn die Steine dieses Palastes reden könnten, sie wüßten nicht wenig zu erzählen. Ein großer schwarzer Marmorquaderstein im Vorgarten freilich spricht schon bereit genug: Es ist das leere Postament von dem Schanddenkmal, das die moskowitzischen Machthaber den Polen zum Hohn ihrem Paschewitsch errichtet haben, dem „Hund von Mohilew“, wie ihn Chopin in seinem Tagebuch genannt hat. Die Bronzestatue ist im Jahre 1918 weggeschafft worden, es blieb nur das Postament, das jetzt wie ein Symbol der von Polen wiedergewonnenen Freiheit amnitet.

Beim Betreten des herrlichen Waffensalons taucht unwillkürlich in der Erinnerung eine Scene aus Gabriela Zapolska's „Warschauer Zitadelle“ auf, die eben in diesem Salon spielt. Es ist jene, da die unglückliche Mutter des Studenten Gorski hier mit zahlreichen Leidensgenossinnen auf eine Audienz bei dem verrotteten Gouverneur Horn wartet. Und während man so dasitzt, drängt sich der Gedanke auf: Wie viele Tränen hier nicht geflossen, wie viele Herzen nicht gebrochen worden sein mögen. Und heute empfängt hier der Ministerpräsident der freien Republik Polen. Wahrlich, die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

Doch da öffnet sich eine Tür, und der Ministerpräsident Dr. Juljan Nowak begrüßt den Gast und lädt ihn mit verbindlichem Lächeln ein, in das Arbeitskabinett zu treten. Der erste Eindruck: ein ungemein agiler, liebenswürdiger und offener Mann von Mittelgröße, dessen Alter trotz des schütterten grauen Haars angeht. Der jugendfrischen Gesichtsfarbe sieht schwer bestimmen läßt. Dr. Nowak, bis vor kurzem Rektor der Krakauer Universität, hat mit Clemenceau gemein, daß er vom Beruf Arzt ist. Im Gegenjatz zu dem französischen „Tiger“ ist er jedoch, wie er es selber bei der Ueberrahme seines Amtes erklärt hat, kein Berufspolitiker. Gleich bei den einleitenden Worten beweist Dr. Nowak indes, daß ihm der politische Sinn ganz und gar nicht abgeht. Denn er lenkt mit einer feinen Wendung das Gespräch auf jene Frage, die für die Leser der „Neuen Freien Presse“ von größter Wichtigkeit ist: die österreichische.

„Ich lege“, meint der Ministerpräsident treuherzig, Gewicht darauf, es ausdrücklich zu betonen, daß uns das Schicksal Oesterreichs nichts weniger als gleichgültig ist. Abgesehen nämlich davon, daß wir unverbündlich auf dem Standpunkt des Vertrages von Saint-Germain stehen, haben wir nicht wenig Gründe, die völlige Unabhängigkeit der

österreichischen Republik zu wünschen. Vor allem rein politische. Es unterliegt für uns nämlich keinem Zweifel, daß von der Art, wie das österreichische Problem zur Lösung gelangt, die weitere Gestaltung der Dinge in Mitteleuropa in nicht geringem Maße abhängt. Sodann aber kommt für uns das ökonomische Moment in Betracht. Oesterreich ist einerseits Abnehmer unserer Bodenprodukte, andererseits liefert es uns Industrieartikel, von deren Erzeugung bei uns zulande noch auf lange Zeit hin keine Rede sein kann. Die daraus sich ergebenden weitverzweigten Handelsbeziehungen zwischen den beiden Republiken liegen also im wechselseitigen Interesse, das durch eine Aenderung der politischen Verhältnisse stark gefährdet werden könnte. Wir verfolgen daher mit begreiflicher Spannung den Verlauf der von Oesterreich hinsichtlich seiner Zukunft eingeleiteten Verhandlungen und wissen uns in dem von uns eingenommenen Standpunkt eins mit unseren Verbündeten.“

„Daß das unglückliche Wien unter einer noch nie dagewesenen Teuerung leidet, ist nur zu begreiflich. Wie erklären Herr Ministerpräsident aber die jüngste Teuerungswelle in Warschau?“

„Es handelt sich um eine vorübergehende Erscheinung, die mit der allgemeinen Weltlage im Zusammenhang steht. Wir sind jedoch bereits auf dem besten Weg, ihr zu steuern. Unsere diesjährige Ernte ist nämlich eine beispiellos gute gewesen und bedeutet für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse eine entscheidende Wende, da dank ihr die Approvisionierungsfrage, die bislang eine der schwierigsten gewesen, endgültig in ein normales Stadium tritt. Namentlich unser diesjähriger gewaltiger Kartoffelertrag wird es uns ermöglichen, die Schweinezucht auf eine solche Höhe zu bringen, daß wir Schweinefleisch in großen Massen werden exportieren können.“

Unser Viehstand im allgemeinen hat bereits die Vorkriegsnorm überschritten, und dies namentlich infolge der uns gelungenen radikalen Bekämpfung der Rinderpest. Wir werden daher auch Vieh zur Ausfuhr zu bringen in der Lage sein. Die Geflügelzucht gestaltet sich gleichfalls immer besser, so daß der Eierexport eine bedeutende Steigerung wird erfahren können. Das große Fleisch- und Kartoffelangebot wird aber selbstredend eine Verbilligung der anderen Lebensmittel im Inland nach sich ziehen. Um mich kurz zu fassen: wir haben allen Grund, zu behaupten, daß Polen in das aktive, ökonomische Stadium getreten ist.“

„Und wie steht es um die Innenpolitik?“

„Wir leben jetzt im Zeichen der Neuwahlen in den Reichstag. Der bisherige wird nur noch im September einige zwecks Erledigung wichtiger Fragen notwendige Sitzungen abhalten und sodann aufgelöst werden. Die Regierung hat bereits alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um die Wahlen in der objektivsten, allen Parteien gerecht werdenden Weise zur Durchführung zu bringen. Die bezüglichen Gesetzesvorschriften verhängen einen völlig glatten Verlauf der Wahlkampagne. Uebrigens hat die Regierung die Oberaufsicht über die Neuwahlen in die besten Hände, und zwar in die der Richter, gelegt. Wir dürfen daher beruhigt dem Wahlgang entgegensehen.“

„Wie werden sich die Dinge in dem ehemaligen Ostgalizien gestalten?“

„Auch dort werden die Neuwahlen stattfinden, und es ist hierfür alles bereits in die Wege geleitet worden. Wir stehen nämlich unerschütterlich auf dem Standpunkt, daß wir das Recht haben, im östlichen Klempolen die Wahlen in den Reichstag zur Durchführung zu bringen. Und die von mir bereits erwähnten Gesetzesvorschriften sowie Oberaufsichtsorgane sind eine Bürgschaft dafür, daß auch in diesem Reichsteil der Wahlgang niemand zuliebe und niemand zuliebe vor sich gehen wird.“

„Was versprechen sich Exzellenz von der laut Verfassung ins Leben zu rufenden zweiten Kammer, dem sogenannten Senat?“

„Um es rundwegs herauszusagen: sehr viel. Ich bin überzeugt, daß die Existenz der zweiten Kammer schon an und

für sich auf die Arbeit des Reichstages unbedingt von weittragendem Einfluß sein wird. Das bloße Berufsein, daß sozusagen eine höhere Instanz da ist, die überall dort als Korrektiv eingzugreifen das Recht hat, wo der Reichstag auf Irrwege gerät, wird den letzteren zweifellos zu vorfichtigerem Handeln bewegen. Durch das Zusammenwirken der beiden Kammern wird das legislativische Werk sicherlich viel gewinnen und unser Staatswesen wird so nach und nach zu einem nach jeder Hinsicht geordneten sich ausgestalten. Wir hoffen zuversichtlich, daß der neue Reichstag für unsere Republik eine Wende zum Guten bedeuten wird.“

Mit diesen Worten empfahl sich Ministerpräsident Doktor Nowak in überaus herzlicher Weise von Ihrem Korrespondenten und betonte zum Schluß noch einmal, daß Polen in seinem bisherigen Verhältnis zu Oesterreich zu verharren wünsche.

Der Kampf um Gallipoli.

Von Liman v. Sanders.

Preussischer General der Kavallerie, kaiserlich osmanischer Marschall.

Berlin, 19. September.

Der englische Premierminister hat seinen Hilferuf an die Dominien um militärische Unterstützung gegen die unbotmäßige Türkei auf eigentümliche Weise begründet. Wie berichtet wird, sagte Lloyd-George in seiner Rede an Australien, daß auf Gallipoli 20.000 englische und australische Gräber seien, und daß Großbritannien nicht dulden könne, daß dieser heilige Ort in die Hände der Türken falle.

Lloyd-George sagte aber nicht, daß sehr viel mehr türkische Offiziere und Soldaten in dem großen Gallipolifeldzuge auf der Halbinsel zur ewigen Ruhe gebettet worden sind. Er sagt auch nicht, daß die Türken dort in der ruhmreichen Verteidigung ihres Vaterlandes den Heldentod starben, während England einen Angriffskrieg auf Gallipoli kämpfte, der es zum Besitze von Konstantinopel führen und ihn den kürzesten Weg zu seinem damaligen russischen Verbündeten erzwingen sollte. Doch es anders kam, daß das gelandete Heer der Entente nach mehr wie achtmonatigen blutigen Kämpfen bei Nacht und Nebel abzog und seine Gräber auf türkischem Boden verlassen mußte, kann doch keinesfalls einen Anspruch auf dieses türkische Land begründen. Die Logik der Gräber würde im übrigen zu den ungeheuerlichsten Folgerungen aus dem Weltkrieg führen, wenn man ihr sonst nachgehen wollte.

Wo bleibt das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Völker und wo die Gerechtigkeit auf Erden? In der Geschichte aller Zeiten hat die Welt — auch der Segner — demjenigen Volke Achtung gezollt, das sein Votum einsetzte, um sein Vaterland unverehrt zu erhalten. Heute aber wird Mustafa Kemal wie ein Eroberer bezichtigt, ungerechtfertigt europäischen Besitz an sich reißen zu wollen.

Jeder ruhige und unparteiische Beobachter wird zugeben müssen, daß es nicht die Türken sind, die heute die Kriegstrommel führen. Die Türken kämpfen jetzt nicht einmal für den Wiedergewinn des gesamten arabischen Landes, das sie durch den Weltkrieg verloren haben, sondern nur für ihre Hauptstadt Konstantinopel, den Sitz des Kalifen, und für deren Tor, das ist Thrazien. Die Angoraregierung will ja selbst der Freiheit der Meerengen zustimmen, die durch eine gemischte Kommission verwaltet werden sollen, in der alle Uferstaaten des Schwarzen Meeres vertreten sind. Sie hat schon längst die entsprechenden Vereinbarungen mit den Regierungen von Rußland, der Ukraine und denjenigen von Georgien, Armenien und Aserbeidschan abgeschlossen.

Die Halbinsel Gallipoli aber, das nördliche Uferland der Dardanellen, gehört zu Thrazien, der türkischen Provinz mit überwiegender Bevölkerung türkischen Stammes. Das südliche Uferland gehört zur asiatischen Türkei. Das erste

die Wahrheit nicht erreichen können, unbrauchbar gewordenen Namen nun auf Lebenskünftler an, die gesunder Menschenverstand, Übung im Verkehr mit Menschen und ein wohlgeordneter Schatz an gesichteten Erfahrungen befähigen, auf Fragen des tätigen Antwort und in allen praktischen Lagen Rat zu wissen. Es sind Philosophen, die sich hüten zu philosophieren. Sie sind keine Weisen, aber sie sind unendlich klug. Und wer weiß, vielleicht ist es heute wirklich gescheiter, klug als weise zu sein? Amerika zweifelt daran nicht und auch Europa sehen wir darin sich immer eifriger amerikanisieren. Es kann also leicht sein, daß Santayana nächstens auch der Modephilosoph des Abendlandes wird; wir lieben ja, den Ehrenstuhl der Weltberühmtheit jeden Monat neu zu besetzen; es soll keiner darauf eintreten.

Den Spanier merkt man ihm auf den ersten Blick an, den Erben einer sehr hohen, sicheren, großen Kultur, der mit einer reichen inneren Welt schon zur Welt kommt. Philosophen sind fast immer irgendwie tief in ihren inneren Sicherheiten erschütterte Menschen, am sich selber irre, sich selber fragwürdig. Er aber bringt sichtlich auf alles Antworten schon fertig mit, ohne die Spur jener Lüsterheit des Fragens, womit Philosophieren recht eigentlich beginnt: er bringt ein ererbtes Ethos mit, bei dem Philosophieren unnötig wird und auch kein Raum dazu mehr übrig wäre. So kann er sich den Erscheinungen empfänglich überlassen, von Reugier ungeführt, was denn noch etwa dahinter wäre. Ein kindlich argloses Vertrauen auf den Augenschein beherrscht ihn, das nun allerdings gar nicht spanisch ist: denn den Lateiner verlangt doch, Erscheinung gleich immer vom Scheine zu demaskieren, nach der Idee greift er, und läßt sie sich nicht an der Erscheinung ergreifen, so drängt er selber eine der Erscheinung auf. Rein, hier zeigt sich Santayana zum Amerikaner geboren, wenn auch am Manzanarez: in der Unschuld, mit der er Erscheinung beim Wort, ja buchstäblich nimmt, in der Zuversicht, mit der er sich von dem wachsamem Ethos in seiner Brust sicher an allen Geheimnissen der Schöpfung vorüber gesteuert weiß, ist etwas vom Yankee, vom Yankee der glücklichsten Art, der zu wissen glaubt, daß es in dieser besten aller Welten einen richtig handelnden

Menschen wohl ergehen muß und daß, was richtig Handeln ist, jeder prompt von seinem Gewissen erfahren kann. In der Sammlung „Pandora“ des Insel-Verlages sind jetzt „Great political documents of the United States of America“ erschienen, achtzehn der wichtigsten politischen Urkunden Amerikas, die, wie der Herausgeber, Professor Paul Darmstadter in Göttingen, mit Recht bemerkt, den Genius des amerikanischen Volkes so deutlich bezeugen, wie den unseren etwa der „Faust“ oder die „Kritik der reinen Vernunft“, den französischen, den englischen und den italienischen Molliere, Shakespeare und Dante. Sie sind erschütternd und rührend zugleich, mit einem ganz leisen Hauch gelinder Lächerlichkeit. Erschütternd durch die Größe leidenschaftlicher Willenskraft, rührend durch ihr kindliches Vertrauen, daß es Gott ihrem Volke doch ganz besonders gut meinen muß, und unfreiwillig komisch in der Verkürzung des ganzen Daseins auf ihren eigenen Vorteil. Jeder Zweifel ist hier ausgeschlossen, dreifach ausgeschlossen, auf eine heroische Art wie beim Achill, auf eine gläubige Art wie beim Gebet und dann auch noch auf Händlerart wie bei jedem Geschäft. Aber immer, wenn man daran ist, schon spotten zu wollen, verstummt der Scherz gleich wieder vor der feierlichen Wucht des großen Ethos, das aus diesen oft eher fast törichte Sätzen schlägt. Santayana wirkt ähnlich; daher vielleicht sein Ansehen in Amerika. Was wir in unserer großen Zeit Philosophie nannten und wovon ein Abendsonnenglanz noch auf Eucken, Reyscherling, Cassirer, auch, seit er sich, leider!, vom Roman abgekehrt hat, auf Otto Flake ruht, sucht man bei Santayana vergebens. Man wird ihn am ehesten noch mit einer uns liebwerthen Gestalt vergleichen dürfen: mit unserem Feuchtersleben! Der wurde damals ein „Populärphilosoph“ geheißt, und dieser Name deutet schon an, daß es sich hier um eine Abart von Philosophie handelt, um eine Philosophie, der es weniger um Erkenntnis geht, als um etwas vom praktischen Gebrauch, für das Volk, nicht um Enthüllung von Geheimnissen, sondern um Anwendung von Grundsätzen, nicht um die Wahrheit, sondern um Regeln für Lebenshaltung und

Lebensführung. „Populärphilosophen“ sind nicht Philosophen, sondern Pädagogen, die nun freilich selber den Besitz einer Philosophie nicht erwerben können, aber davon den anderen nur die sittlichen Maximen mitteilen, das, was unphilosophische Köpfe an der Philosophie ganz allein interessiert: ihr Endergebnis für das tätige Leben; Populärphilosophen sind Philosophen, die den anderen das Philosophieren ersparen. Sie werden notwendig in Zeiten, wo das Vertrauen zu geistigen Autoritäten nachzulassen, die Sicherheit des Gefühles von Gut und Böse zu wanken beginnt und jedermann an das Urteil der Vernunft gewiesen wird, das er sich aber insgeheim selber nicht zutraut und wofür er auch, mit Sorgen, die ihm wichtiger scheinen, beschäftigt, nicht so viel Zeit vergeuden kann. Im achtzehnten Jahrhundert wimmelte Deutschland von solcher Populärphilosophie, die dem emporkommenden Bürgertum, dem für Geistiges nicht allzu viel Zeit blieb, das Nachdenken abnahm, und der große Modephilosoph Christian Wolff setzte seiner Philosophie das Ziel „praktischer Brauchbarkeit“, sie sollte „Menschen glücklich machen“. Ganz so dachte doch der Philosoph von Sanssouci von ihr auch, und eigentlich hat sich schon Cicero nichts anderes unter ihr vorgestellt. Es ist eine Selbsttäuschung der Philosophen, der wirklichen, wenn sie meinen, den Menschen verlange, Grund und Sinn des Daseins kennen zu lernen: er will nur die Sicherheit haben, handeln zu können. Und der Amerikaner von der genuinen Art hat sich diesen ungeschuldigen Begriff der Wahrheit als einer Sache nicht so sehr der Erkenntnis, als der Beschwichtigung und Beruhigung, um durch keinerlei Skrupel noch Zweifel mehr gequält zu werden und die Hände frei zu kriegen, frei zur Tat, diesen Begriff, den er aus England mit herüber brachte, sorgsam bewahrt. Was in Europa Philosophieren heißt, haben die Gründer Amerikas in der alten Heimat zurückgelassen, sie nahmen sich davon nur die sittlichen Ergebnisse mit und hatten die Kraft, diese dann in den Söhnen und Enkeln zu sichern und sichernden Instinkten werden zu lassen. Anleitung zum richtigen Gebrauch dieser angeborenen, von

Nicht auf die Wasserstraße muß doch nach dem in der ganzen Welt herrschenden Brauche demjenigen zukommen, dessen rechtmäßiges Eigentum die begrenzenden Uferlande sind, und dies sind am Bosphorus und den Dardanellen unbestritten die Türken. Daß sie die Freiheit der Meerengen jetzt anerkennen und das Nähere mit den Uferstaaten des Schwarzen Meeres ordnen wollen — denen damit der freie Zugang zum Weltmeere zugestanden wird — ist ein großer Fortschritt, den Rußland seit den Zeiten Peters des Großen und Katharina II. vergeblich erstrebt hatte.

Niemals wird die Weltgeschichte nach den angeführten unbestreitbaren Tatsachen einen stichhaltigen Grund anerkennen, aus dem England heute gegen die Türkei in einen Krieg treten konnte. Seine Folgen für den Bestand des englischen Weltreiches würden unabsehbar sein. Frankreich und Italien werden sich sicherlich am letzten Ende einem Krieg gegen die Türkei nicht anschließen; Rußland mit seinen Nebenstaaten steht eher auf türkischer Seite als auf derjenigen Englands, und die Mohammedaner der ganzen Welt würden durch nichts mehr als durch einen solchen Krieg gegen England geeinigt werden. Mit einem englisch-türkischen Krieg würde der „heiligen Allianz der Sieger zur Verteidigung ihrer Uebergriffe“ — es sind dies die Worte eines bekannten ausländischen Staatsmannes — der Grabstein gesetzt sein.

Es sollte eine ernste Mahnung für England sein, daß das türkische Volk nach allen Rückschlüssen der letzten Jahrzehnte eine einheitliche nationale Begeisterung aufzubringen vermochte, wie sie durch den alle Welt überraschenden Siegeszug Mustafa Kemals erwiesen ist. Kriegsmaterial allein siegt nicht, sondern es gehören die Menschen dazu, die sich nicht scheuen, dem Tod in das Auge zu sehen. Es muß erst erwiesen werden, daß das neue englische Bundesheer vielseitigster Probenienz denselben Todesmut aufbringen kann, wie die für ihr Vaterland und für ihre Religion kämpfenden Heere Mustafa Kemals.

Als am 10. Juli 1920 der erste Kongreß der ostanatolischen Vilajets — Erzerum, Van, Bitlis, Diabekir, Kharput, Erzindjan und Trapezunt — zur Verteidigung des Vaterlandes unter Mustafa Kemal Leitung zusammentrat, und dann über den Kongreß von Sivas zur Nationalversammlung von Angora erweitert wurde, drohte dem Osmanischen Reich ein ruhmloses Ausschneiden aus der Reihe der Großmächte. Allenfalls hätte die Türkei — soweit sie nicht zwischen Griechen und Armeniern aufgeteilt und in Interessensphären der Entente zerlegt worden wäre — eine tapfere mohammedanische Kleinnacht gegen das Vordringen des russischen Bolschewismus bilden dürfen.

In zwei für die nationalistischen Türken schweren und arbeitsreichen Jahren haben sich die Verhältnisse von Grund aus geändert. Die Türkei hat ihre Existenzberechtigung als Großmacht erwiesen, und ist in viel ausgesprochenem Maß als vordem die islamitische Vormacht geworden. Daher wird sie auch ihre letzten großen Forderungen, Konstantinopel und Thraxien, durchsetzen. Da sie selbst die Freiheit der Meerengen zugestehen will, brauchen England und die kleine Entente nicht hierfür zu kämpfen.

Niemand kann in die Zukunft sehen. Es erscheint aber nicht wahrscheinlich, daß die Hauptkräfte Mustafa Kemals über Bisha nach dem asiatischen Ufer der Dardanellen marschieren werden, wie Sensationsnachrichten besagen. Die Türken haben keine Flotte, um den Uebergang über die Wasserstraße der Dardanellen nach Gallipoli zu erzwingen. Viel wahrscheinlicher ist es, daß sie ihre Hauptkräfte dort bereitstellen, wo sie diese im äußersten Notfalle für ihre nächsten Ziele — Konstantinopel und Thraxien — gebrauchen können. Trotz allen Lärmes, der die Welt heute erregt, wird es wohl zu Verhandlungen kommen, die den berechtigten türkischen Forderungen Rechnung tragen werden. Nach ihrer Erfüllung hat die nationalistische Türkei zweifellos den aufrichtigen Wunsch, ihr Land wieder aufzubauen und einer friedlichen Entwicklung entgegenzuführen!

vornherein allen Fragen entrückten moralischen Instinkte verlangt der Amerikaner von seinen Philosophen. Wo wir zu philosophieren aufhören, eben dort fängt für ihn das Philosophieren überhaupt erst an. Und gerade darin ist Santayana durchaus Amerikaner, aber freilich mit einer Breite des Wissens und einer Würde der geistigen Haltung, daß man die Herkunft aus dem Abendland nicht verkennen kann. Auch wer vielleicht unmutig daraus zuweilen nur ein höheres Kanngiefern moralischer Art zu vernehmen glaubt, darf nicht leugnen, daß es immerhin den großen Hintergrund unserer alten philosophischen Ueberlieferung niemals verliert. Und in der Macht, uns immer wieder diesen großen Hintergrund fühlen und dort ein gemeinsames Geheimnis der ganzen Menschheit ahnen zu lassen, liegt der Reiz seiner Betrachtungen, die dennoch freilich uns dann immer wieder etwas ungeduldig machen, weil sie dieses Geheimnis niemals enthüllen, ja sichtlich durchaus nicht enthüllen wollen. Uns gilt es für das Amt des Philosophen, Geheimnis kundzutun, und wir wundern uns über einen Philosophen, der umgekehrt sichtlich strebt, das Geheimnis zu hüten. Was ihn zum Philosophieren treibt, was ihn recht eigentlich erst produktiv macht, was ihn zum Amerikaner werden ließ, scheint sein Bedürfnis, Gemeinsamkeiten zu finden zur Verbindung von Menschen. Nun bindet sie nichts stärker an einander als das Gefühl, mit einander ein Geheimnis gemein zu haben, aber so bald es verlautet, geraten sie sogleich über seine Deutung auseinander: was verhält sie noch eben vereinte, macht enthüllt sie von neuem uneins. So meint offenbar Santayana sie noch am ehesten auf den rechten Weg zu bringen, wenn es ihm gelingt, sie möglichst stark ein allen gemeinsames Geheimnis empfinden zu lassen, zugleich aber dafür zu sorgen, daß es bewahrt bleibt, daß das Geheimnis geheim bleibt. Er ist darin recht eigentlich der Philosophie der Demokratie. Denn Demokratie wird erst möglich, wenn ein Volk sicher ist, daß in ihm die verbindenden Kräfte weitaus stärker sind als die trennenden Triebe: bevor Demokratie beginnen kann, muß etwas Gemeinsames von solcher Macht in allen

**Die Orientfrage im Völkerbund.**

**Debatte über den Interventionsantrag Ransens.**

Genf, 22. September.

Heute veranlaßte der norwegische Delegierte Frithjof Ransen in der sechsten Kommission eine Debatte über die Fragen des nahen Orients. Er stellte den Antrag, der Rat sei zu erziehen, alles vorzukehren, um so bald als möglich eine Schlichtung des griechisch-türkischen Streites zu erreichen und seine guten Dienste anzubieten, damit dem Kriege Einhalt geboten werde.

Ransen, der gleich zu Beginn der Sitzung das Wort verlangte, begründete seinen Antrag. Kleinasien bilde seit sechs Jahrhunderten einen Herd von Unruhen. Es sei dringend geboten, die hier krisenhaft konzentrierten internationalen Fragen einer Lösung zuzuführen und dem stets drohenden Konflikt ein Ende zu bereiten. Hierzu sei in höchstem Maße der Völkerbund geeignet. Die bisherigen Friedensverhandlungen von Staat zu Staat, von Regierung zu Regierung haben zu keinem Ergebnis geführt. Deshalb sei es angezeigt, daß der Rat des Völkerbundes beide Parteien einlade, unter den Auspizien des Völkerbundes zu verhandeln.

Der Vertreter Australiens Cook beglückwünschte Ransen zu seinem Antrag. Die australische Welt könne nicht verstehen, warum der Völkerbund dem türkischen Kriege ruhig zusehe, ohne einzugreifen.

Der persische Delegierte Zoka ed Dowleh versichert zunächst Griechenland seiner freundschaftlichsten Gefühle und bittet, ihm seine Äußerungen nicht übel nehmen zu wollen. Er erinnert daran, daß er schon im Vorjahre den Völkerbund — leider vergebens — aufgefordert habe, dem Kriege im nahen Osten ein Ende zu bereiten. Seither seien wieder viele Tausende unschuldige Opfer gefallen. Persien habe das größte Interesse an der Wiederherstellung des Friedens in diesem Teile der Welt und unterstütze deshalb ernstlich den Antrag Ransens.

Auch der Vertreter Chinas schließt sich im Namen der 400 Millionen dem Frieden ergebenden Bewohner seines Vaterlandes mit großer Freude dem Antrag Ransens an, den er allzu bescheiden findet.

Fisher (England) dankt Ransen, weist aber darauf hin, daß die Verhandlungen zwischen England, Frankreich und Italien bereits in vollem Gange seien und infolge der Einmütigkeit der Alliierten auch Erfolg versprechen. Redner meint, der Völkerbund solle diese Verhandlungen nicht stören. Er schlägt daher eine Resolution vor, die den Rat auffordert, zur Lösung der Orientfrage seine Hilfe zu leihen, wenn er hierzu von den jetzt verhandelnden Mächten aufgefordert werde.

Lord Robert Cecil findet es gefährlich, daß man immer wieder eine „delikate“ Situation vorschläge, um nichts zu tun. Nach dem Pakte, der den Völkerbund begründete, habe dieser die Pflicht, auch wirklich zu handeln. Redner könne in der Entschliebung Ransens keine Gefahr erblicken, er glaube aber, es werde nicht schwer fallen, die Resolution so zu redigieren, daß sie allgemeine Zustimmung finde. Wenn die Resolution, die Fisher vorschläge, unter den „handelnden Mächten“ auch die Türkei verstehe, dann sei er gewiß mit dieser Auffassung zufrieden, aber der Völkerbund dürfe nicht warten, bis die Verhandlungen am Ende wieder scheitern. Er dürfe nicht nur immer Instruktionen von einer Mächtegruppe entgegennehmen, sondern er müsse selbst handeln als eine unabhängige Macht, die er sein soll und als die er sich nur dann bewähren könne, wenn er aus eigener Initiative handelt.

Hanotaux schließt sich den Ausführungen Fishers vollständig an. Er gibt der Meinung Ausdruck, daß der Völkerbund jetzt nicht eingreifen solle, da

bereits gewisse Verhandlungen in Schwere seien, die nicht gestört werden dürften. Man dürfe die Unterhändler nicht außer Funktion setzen. Die interessierten Regierungen müßten zuerst zu einer Einigung zu gelangen suchen. Der Rat habe aber wachsam zu sein und sich in dieser Angelegenheit auf dem laufenden zu halten, um eventuell später helfend eingreifen zu können.

Marchese Imperiali unterstützt den Antrag Fishers, während sich der bulgarische Delegierte mit allen Maßnahmen einverstanden erklärte, die sich im Rahmen des Erreichbaren halten.

Hierauf sprach der erste Delegierte Griechenlands Dr. Streit, der erklärte, die Stellung der griechischen Delegation sei in dieser Frage besonders delikate, da es sich um eine Stellungnahme zu Friedenspräliminarien handle, an denen die Großmächte als Vermittler beteiligt seien. Redner versicherte, daß sich Griechenland in keiner Weise einer eventuellen Vermittlung des Völkerbundes widersetzen werde, falls die jetzt schwebenden Verhandlungen nicht zum Ziele führen sollten.

Fisher ergreift nochmals das Wort und erklärt, auch er sei der Ansicht, daß zwischen dem Antrage Ransens, seiner eigenen Resolution und der Stellungnahme Cecils keine wesentliche Differenz bestehe. Er schlägt deshalb die Einsetzung eines Redaktionskomitees vor, um den endgültigen Text festzustellen.

Ransen erklärt sich mit der Anregung Fishers einverstanden. Auch er sei der Meinung, daß eine sofortige Aufstellung der Feindseligkeiten notwendig sei und daß die Aufmerksamkeit des Rates auf diese Angelegenheit gelenkt werden müsse. Es wäre schade, wenn eine so gute Maschine wie der Völkerbund nicht in Bewegung gesetzt würde. Er erklärt sich mit einem Redaktionskomitee einverstanden.

Hierauf wurde das Redaktionskomitee ernannt, dem Hanotaux, Fisher, Ishii, Imperiali, Ransen und Cecil angehören.

**Wiederaufnahme der Verhandlungen Curzons mit Poincaré und Ghorza.**

Paris, 22. September.

Die Besprechung über die Fragen des nahen Orients dauerten bis 1/6 Uhr.

Lord Curzon erklärte, daß die Zusammenkunft morgen nachmittag fortgesetzt werden würde, da noch viel zu besprechen sei.

Poincaré will vorher den Ministerrat zusammenberufen.

Die heutige Besprechung bezog sich auf die Form der Einladung an die Türken zur Teilnahme an der Friedenskonferenz und insbesondere auf die Feststellung, ob territoriale Verbesserungen, namentlich hinsichtlich Thraxiens, auf derselben festgesetzt werden sollten.

**Reise Franklin Bouillons zu Kemal Pascha.**

Telegramm unseres Korrespondenten.

Paris, 22. September.

Der frühere Minister Franklin Bouillon, der eine Unterhaltung mit Poincaré hatte, reist den Abendblättern zufolge heute abend nach der Türkei ab, um mit Mustafa Kemal zusammenzutreffen. Das Ministerium des Äußern lehnt jede Auskunft ab, ob Bouillon in amtlicher Mission nach der Türkei reist.

Lord Curzon hatte dem „Temps“ zufolge gestern nachmittag auf eigenen Wunsch eine Unterhaltung mit dem rumänischen Gesandten, die eine Stunde dauerte und nach der Verhinderung des Blattes heftig verlief.

**Einberufung des französischen Parlaments.**

Paris, 22. September.

Präsident Poincaré erstattete dem Ministerrat Bericht über die auswärtige Lage, wie sie sich nach

lebendig sein, daß davor jeder Eigensinn, jeder Eigentrieb, jeder Eigenwille verlißt und jeder Teilnehmer dieser Demokratie muß von der unbedingten Gewißheit durchdrungen sein, daß in ihren sämtlichen Teilnehmern jenes Gemeinsame ganz ebenso jeden Eigensinn, Eigentrieb und Eigenwillen in nichts zerläßt, wie dies an ihm selber geschieht. Daraus erst erwächst der Boden aller Demokratie: das unbedingte Vertrauen eines jeden zum guten Willen aller. In echten Demokratien zweifelt keiner jemals daran, daß alle dasselbe wollen. Alle sind im Willen eins und nur darüber, welche Mittel diesem allen gemeinsamen Willen im einzelnen Fall am besten dienen, stimmt man nicht immer überein; darum geht's in den Beratungen, in den Abstimmungen und so kann es einer leicht ertragen, auch einmal überstimmt zu werden, denn sein Wille wird ja damit nicht vergewaltigt, er hat niemals das Gefühl, daß ihm sein Wille nicht geschieht, sondern sein Wille geschieht bloß anders als er es sich gedacht hat: niemals muß er in einem fremden Willen einwilligen. In einem wahrhaft klassischen Aufsatz über „English Liberty in America“ hat Santayana den Geist der amerikanischen Demokratie dargestellt. Alle, vereint durch denselben Willen, the will to work and to prosper, beraten gemeinsam, jeder ohne Vorurteil bereit, nach Kräften zu helfen, jeder seine Meinung aussprechend, eager to persuade but ready to be persuaded, weil es ihm ja nur um die Sache geht und seine Sache doch die Sache aller ist. In dieser gesicherten Empfindung ruht die moral cohesion of the people, ruht the spirit of partnership. Sie setzt ein starkes Bewußtsein tiefter Willensinheit aller voraus, die jeden im einzelnen Falle nachgiebig macht: honest co-operation and satisfying compromise werden dadurch erst möglich. In der Hauptsache weiß man sich eins und minor matters nimmt man nicht wichtig. Das wäre nun freilich einem Europäer unerträglich, und gar einem Deutschen, für den es ja minor matters doch überhaupt nicht gibt: es ist sein Stolz, „alle Konsequenzen seiner Weltanschauung zu ziehen“. Santayana gesteht selbst, daß der Amerikaner eine ganz andere Freiheit meint, als

für die die Spartaner bei den Thermopylen, die Märtyrer in der Arena starben: amerikanische Freiheit ist mit starker Ueberzeugung unverträglich, denn in ihr besteht, for the sake of harmony, jeder jedem das Recht zu, to be a little different, denn nur so wird es möglich, to co-operate with anybody. Amerikanische Freiheit verlangt also Verzicht auf eigene Ueberzeugung oder jedenfalls Verzicht auf den vollen Gebrauch der eigenen Ueberzeugung. Wenn man Santayana glauben darf, lohnt der Ertrag diesen Verzicht. Aber glaubt ihm das Amerika selbst? Glaubt es die Jugend Amerikas? Ein höchst merkwürdiges Buch, das eben erschienen ist, läßt mich daran zweifeln. Es heißt Civilization in the United States (Harcourt, Brace and Company, New York, 1922), herausgegeben von Harold C. Stearns, Harvard-Schüler und angeheime Journalisten, das Urteil von dreißig amerikanischen Intellektuellen über amerikanische Kultur bringend: ein vernichtendes Urteil. Dieser Notizrei der besten amerikanischen Jugend und jener Lobgesang Santayanas auf Amerikas blühende Zufriedenheit widersprechen aber einander im Grunde gar nicht. Santayana zeigt uns, worauf das Glück amerikanischer Bürger ruht, und dieses Buch zeigt, womit es bezahlt wird: mit dem Verlust eigener Persönlichkeit. Jedermann mag nach jenem Gutdünken wählen. Ob aber nicht doch auch noch eine höhere Lebensform möglich wäre, eine Lebensform, die Wohlstand und Behagen der Gemeinschaft gewähren kann, ohne die Bildung freier Persönlichkeit zerstört oder doch verkümmern zu müssen, bleibt ein Problem der Zukunft. Santayana, den sozialen Geist des truly native America rühmend, warnt einmal vor Poeten, Doktrinären und Dilettanten mit ihrem ungeberdigen Verlangen to insulate themselves, aber wäre nicht eine Form starker Gemeinschaft von dennoch ganz isolierten Individuen, einer Gemeinschaft, die demnach jedem einen ungehörten Nebenraum, in den er sich auf sich selbst zurückziehen könnte, denkbar? Gar Deutsche werden sich an die Demokratie schwer gewöhnen, so lange sie nicht jedem einen Isolierjehmel seiner Persönlichkeit abt.